Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,40 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1 — Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 287. Dienstag, den 8. Dezember 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett hat Sonnabend dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht.

* Vom preußischen Landwirtschaftsministerium ist eine Denkschrift herausgegeben worden, in der zur Behebung der Not der Landwirtschaft neue Richtlinien aufgestellt werden.

* Der Französische Senat hat das Finanzprogramm Loucheurs gebilligt.

* In Genf ist die Kommission des Völkerbundrates zur Beratung der Abrüstungspläne zusammengetreten.

Die europäische Krankheit.

Namentlich aus dem Industriegebiet drängen sich die Nachrichten, die von einem Anschwellen der Arbeitslosenziffer, von einem Rückgang der Beschäftigung, von Betriebseinschränkungen und Einlegung von Feierschichten melden. Krupp entläßt 1500 Arbeiter und Angestellte und Thyssen legt für die Gesamtbelegschaft jede Woche 1½ Feierschichten ein. In Bochum haben die Erwerbslosendemonstrationen bereits begonnen. Ebenso wie die Wirtschaftskrise eine Absatzstockung auf dem Binnenmarkt bedeutet, ist sie eine Absatzstockung deutscher Waren auch auf dem Weltmarkt. Doch nicht nur für deutsche Waren besteht diese Absatzstockung — die europäische Warenproduktion ganz im allgemeinen hat auf dem Weltmarkt außerordentlich viel Terrain verloren. Der bekannte Vertreter Deutschlands bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, hat soeben hierüber auf der Hamburger Börse interessante Ausführungen gemacht, die davon ausgehen, daß der Krieg, also der Kampf der europäischen Völker um ihren Anteil am Welthandel, eigentlich alle diese Völker zu Besiegten gemacht hat, weil der Gesamtanteil Europas am Welthandel außerordentlich stark zurückgegangen ist, die wirklichen Herrscher über die Kapitalmacht jetzt nicht mehr in Europa, sondern in Amerika sitzen. Während Europa weit hinter der Friedensproduktion sowohl der Rohstoffe wie der Fertigfabrikate längst zurückgeblieben ist, hat namentlich Amerika beide Produktionszweige enorm gesteigert, wobei sich die Tendenz geltend macht, daß es aus Ersparnisrücksichten die Fertigindustrie an die Standorte der Rohproduktion heranbewegt. Erfreulich ist dabei, daß man in Europa nun allmählich die Gefahr zu erkennen beginnt, die in dieser Verschiebung der Kapitalmacht liegt.

Deutschland ist dabei aus den bekannten Gründen heraus besonders benachteiligt, obwohl nach dem Londoner Abkommen endlich eine stärkere zwischenstaatliche Betätigung auf handelspolitischem Gebiete eingetreten ist: Abkommen mit Amerika, England, Belgien, Italien und einigen anderen kleineren Staaten. Grundsatz dabei war: gegenseitiges Meistbegünstigungsrecht. Die handelspolitischen Schwierigkeiten mit Frankreich haben ihre letzte Ursache darin, daß allein dieses Land Deutschland dieses Recht nicht zuerkennen will. Zum Teil liegt das an dem französischen Zolltarifsystem, das nach französischer Ansicht für alle Zukunft bindende Zölle nicht enthält; ein zweites Hemmnis ist die Entwicklung der französischen Währung, so daß für die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur Hemmnisse und Schwierigkeiten schwerster Art bestehen, sondern daß man gar nicht weiß, wie sich die Zukunft gestaltet.

Neue derartige Schwierigkeiten sind aber auch zwischen Deutschland und England aufgetaucht, da man jenseits des Kanals in immer schnellerem Tempo zu einem ausgebildeten Schutzzoll übergeht. Was das für den festländischen, namentlich für den deutschen Außenhandel bedeutet, läßt sich vorläufig noch gar nicht absehen; Verhandlungen über eine Milderung der Bestimmungen haben in London nur zu ganz geringen Erfolgen geführt. Trendelenburg betrachtet diesen Übergang Englands zu einem ausgedehnten Schutzzollsystem als das wichtigste handelspolitische Ereignis der Nachkriegszeit.

Das alles bringt in die allgemeine europäische Handelspolitik immer wieder neue Störungen, neue Unsicherheiten, neue Hemmnisse hinein; dazu kommt, daß die bisherigen Abmachungen handelspolitischer Art, soweit sie überhaupt getroffen worden sind, überall nur kurzfristig sind und alle Türen zu Abänderungen usw. offen lassen. Diese Beziehungen sind also alles andere als auch nur annähernd normale und bewegen sich daher in einer Richtung, die der Idee einer gesamteuropäischen Handelspolitik geradezu entgegengesetzt ist. Trendelenburg hat bei der theoretisch richtigen Empfehlung dieser Idee zweierlei vergessen: das eine ist die merkwürdige Stellung, die Rußland, dieses gewaltige Erzeugungs- und Verbrauchsgebiet, durch seine stark antikapitalistische Einstellung immer noch spielt, und vor allem die eigenartige Stellung, in die man Deutschland durch das Londoner Abkommen verwiesen hat. Die gewaltigen Summen, die wir auf Grund dieses Abkommens an das Ausland zu zahlen haben, können natürlich nur in Form wirklicher Waren, also durch Ausfuhr „transferiert" werden, gleichgültig, ob das durch Arbeitsüberschuß oder auf Kosten des Volksvermögens geschieht. Das bedeutet schwerste Schädigung der handelspolitischen Ausbalancierung Europas und damit den größten Felsblock auf dem Wege zu einer normalen Entwicklung. Ist doch das englische Schutzzollsystem ganz offenbar gegen diese „deutsche Gefahr" aufgerichtet. Versucht man aber, ohne Rücksicht auf diese beiden Störungselemente vorzugehen, so kommen wir nur auf dem Wege weiter, den Europa besonders nach der Beendigung des Krieges in immer schnellerem Tempo vorwärtsgeht, nämlich dem einer immer stärkeren Schutzzollpolitik, einer gegenseitigen Absperrung der Staaten und damit einer völligen handelspolitischen Zersplitterung der europäischen Wirtschaftskräfte, zu einem Kriege aller gegen alle und damit zur Ohnmacht dem größten Träger der Weltkapitalmacht, Amerika nämlich, gegenüber.

Verhandlungen mit den Parteiführern

Gegen Mittag trat am Sonnabend das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther zusammen, um verschiedene Fragen, unter anderem Erwerbslosenfürsorge und Beamtengehälter, nach Vortrag des Referenten zu besprechen. Nach Schluß der Kabinettssitzung fand eine Ministerbesprechung statt, in der der Beschluß über den Rücktritt des Kabinetts gefaßt wurde. Der Beschluß zum Rücktritt erfolgte einstimmig. Gegen 6 Uhr überreichte der Reichskanzler dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch. Bis zur Neubildung der Regierung werden die Geschäfte von den bisherigen Ministern weitergeführt. Voraussichtlich wird der Reichspräsident alsbald mit den Führern der verschiedenen politischen Parteien Besprechungen abhalten.

Der offizielle Rücktritt des Reichsministeriums rief kaum noch Interesse hervor, da er genau auf Tag und Stunde vorausbestimmt und allgemein bekannt war. Man erwartet ziemlich bestimmt zunächst die Wiederbetrauung Dr. Luthers mit der Neubildung des Kabinetts. Die meisten Parteiführer befinden sich Sonnabend nicht in Berlin.

Das jetzt zurückgetretene Kabinett Luther ist nahezu elf Monate am Ruder gewesen. Am 15. Januar wurde es vom Reichspräsidenten Ebert ernannt. Als ein Rumpfkabinett trat es auf den Schauplatz, denn Finanzministerium und Reichsverkehrsministerium waren noch unbesetzt; erst unmittelbar vor der Abgabe der Regierungserklärung wurde das Kabinett vervollständigt. Als ein Rumpfkabinett trat es jetzt auch ab, vier Mitglieder — drei Deutschnationale und ein Zentrumsmann — sind wegen der Politik von Locarno ausgeschieden.

*

Stresemanns angebliche Pariser Reise.

Aus den vielen sich hin und her kreuzenden Mitteilungen über eine beabsichtigte Reise des bisherigen Reichsaußenministers Dr. Stresemann nach Paris scheint sich als fester Kern herauszuschälen, daß Dr. Stresemann von dem französischen Außenminister Briand in Locarno eingeladen wurde, einmal nach Paris zu kommen, um dort mit ihm eine ganze Reihe von Fragen zu erörtern, die hauptsächlich zwischen Deutschland und Frankreich schwebten. Wegen der französischen Regierungskrise war aber die Reise nach Paris bisher schwer angängig. Jedenfalls sollen Stresemann und Briand in London übereingekommen sein, ihre Verhandlungen an einem möglichst nahen Zeitpunkt fortzusetzen. Das soll geschehen bei einer Zusammenkunft zwischen Stresemann und Briand. Es würde das erstemal geschehen, daß ein deutscher Außenminister nach Paris reist, um dort politisch zu verhandeln.

*

Entspannung im Rheinland.

Von einer sich als unterrichtet bezeichnenden Stelle wird mitgeteilt, daß bei den Quartieranforderungen der Besatzung in den rheinischen Städten, die von der Umgruppierung betroffen werden, eine wesentliche Entspannung der Lage eingetreten sei durch einen Befehl des französischen Höchstkommandierenden der Rheinarmee. Danach dürfen neue Quartiere nur mehr mit ausdrücklicher Genehmigung des Höchstkommandierenden angefordert werden, also nicht mehr von den lokalen Militärinstanzen. Wie der Befehl weiter sagt, wird diese Genehmigung nur in besonders begründeten Fällen erteilt werden.

Auch liegt eine Meldung vor zu den Bestimmungen über den Rundfunk. Danach werde noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß der Verkauf und der Erwerb von Rundfunkgerät im ganzen besetzten Gebiet keinerlei Beschränkungen unterliegt. Das steht in einigem Widerspruch mit anderen Nachrichten, die wissen wollen, im französisch besetzten Teile bestehe man noch immer auf der Genehmigungspflicht für den Handel mit Rundfunkgerät. Lediglich die Aufstellung und die Inbetriebnahme von Empfangsanlagen ist an die Genehmigungsvorschrift der Rheinlandkommission gebunden, die aber ohne Schwierigkeiten durch Vermittlung der deutschen Postbehörde erhältlich ist. Die Räumung Kölns vollzieht sich weiter in normaler Form. Wie man erfährt, waren bis Freitag abend aus der Kölner Zone 510 Mann mit 45 Offizieren abgerückt. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Infanterieabteilungen.

Die im Friedensvertrage von Versailles vorgesehene Entfestigung Kölns hat im wesentlichen ihren Abschluß gefunden. Es sind alle Forts zerstört worden bis auf einige wenige auf der rechten Rheinseite, über deren Schicksal noch nicht entschieden ist. Diese Werke sind auf Anweisung der Besatzungsbehörde stehengeblieben, wahrscheinlich als östliche Sicherung. Bei der Zerstörung der modernen Werke sind bis jetzt etwa 80 000 Kubikmeter Bauwerk gesprengt und zerkleinert worden.

*

Pläne zur Abrüstung.

In Genf trat das Komitee des Völkerbundrates zur Prüfung der Abrüstungsfrage unter dem Vorsitz von Paul-Boncour zusammen, um gemäß einem Beschluß der letzten Völkerbundversammlung die Vorschläge für die Konstituierung des Organismus festzulegen, der die Vorbereitungsarbeiten für eine Abrüstungskonferenz erledigen soll. Es soll ein vorbereitender Ausschuß gebildet werden, in dem man Deutschland, Rußland, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Polen, Jugoslawien, Finnland und Holland je einen Sitz anbieten werde.

Amerikas Stellung.

In den politischen Kreisen Washingtons beschäftigt man sich eingehend mit der Absicht des Völkerbundes, Amerika zu der Entwaffnungskonferenz einzuladen. Einflußreiche Kreise haben nochmals die dringende Mahnung an Frankreich gerichtet, endlich abzurüsten, da die Verträge von Locarno die Abrüstung der europäischen Festlandsmächte möglich mache. Coolidge habe, so wird immer wieder betont, den aufrichtigen Wunsch, daß Europas Bemühungen, endlich eine Abrüstung herbeizuführen, von Erfolg seien.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Revision der deutschen Nordgrenze!

Der Landesvorstand des Schleswig-Holsteiner Bundes veröffentlicht nachstehende Erklärung: „Von dänischer Seite ist behauptet worden, daß durch das Locarnoabkommen und den demnächst erfolgenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die gegenwärtig bestehende deutsch-dänische Grenze garantiert werde. Demgegenüber stellt der Landesvorstand des Schleswig-Holsteiner Bundes fest, daß diese Behauptung von falschen Voraussetzungen ausgeht. Durch das Locarnoabkommen ist die Nordgrenze des Deutschen Reiches, die von der deutschen Regierung als gerecht im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht anerkannt werden kann, überhaupt nicht berührt. Im Falle des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wird Deutschland lediglich verpflichtet sein, sich an dem Schutz der bestehenden Grenzen gegen kriegerische Störungen zu beteiligen. Die Forderung der Revision der norddeutschen Grenze bleibt berechtigt und wird nach wie vor aufrechterhalten."

Über hunderttausend Erwerbslose im Rheinland.

Nach einer Meldung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung aus Düsseldorf berichtet das Landesarbeitsamt über die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage in der Rheinprovinz u. a.: Die unterstützten Vollerwerbslosen in der Rheinprovinz haben die Zahl von 100 000 überschritten. Von den Erwerbslosen im ganzen Reich stellt die Rheinprovinz etwas mehr als ein Fünftel, dagegen entfällt von im Reich gegen Krankheit pflichtversicherten Personen ein Zehntel auf die Rheinprovinz. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß der Druck der gegenwärtigen Krise in ganz besonders hohem Maße auf der Rheinprovinz liegt. Essen hat mit 16 000 Hauptunterstützungsempfängern und 11 600 unterstützten Erwerbslosen auf Krankenkassenmitglieder die höchste absolute und relative Zahl im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Für Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

Wie von den Sozialisten, so ist auch vom Nationalsozialistischen Volksblock der Antrag eingebracht worden, den zurzeit noch bestehenden Rest des Ausnahmezustandes in Bayern aufzuheben.

Nordamerika

× **Die Freigabe des deutschen Vermögens.** In gut unterrichteten Kreisen Washingtons wird erklärt, daß die Frage über die Herausgabe des deutschen Eigentums in Amerika noch nicht gelöst sei. Es heißt, daß die amerikanische Regierung vorläufig das Eigentum nicht herauszugeben gewillt sei, da zunächst bestimmte amerikanische Privatforderungen erfüllt werden müßten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. An Stelle des Abg. König, der sein Mandat niedergelegt hat, tritt Frau Agnes Plum-Stoppenberg, Kreis Essen (Kommunistische Partei) in den Reichstag ein.

Paris. Der Senat hat das Finanzgesetz Loucheurs als Ganzes mit 205 gegen 26 Stimmen angenommen.

Paris. „Journal" veröffentlicht eine Verfügung, nach der die Volkszählung in Frankreich und in Algerien auf den 7. März 1927 festgesetzt wird.

Belgrad. Nach einer Meldung aus Mostar wurde ein bulgarischer Offizier unter Spionageverdacht verhaftet und nach Serajewo übergeführt.

Millionenunterstützungen für die Erwerbslosen in Berlin.

Der Berliner Magistrat hat im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit etwa 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Neben Ausdehnung der Unterstützungsberechtigung und Belieferung mit zwei Zentner Kohlen im Monat sollen umfangreiche Kanalisationsarbeiten sowie Bahn- und Wohnungsbauten in Angriff genommen werden. Außerdem soll die Reichsregierung um schleunige Beratung des Gesetzentwurfs über die Arbeitslosenversicherung ersucht werden.

Moskau. Der Führer der sowjetrussischen Gewerkschaftsbewegung, Tomski, ist an der Spitze einer Gewerkschaftsdelegation nach Berlin abgereist, um an den Beratungen des englisch-russischen Ausschusses zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung teilzunehmen.

Schanghai. Nach glaubwürdigen Meldungen soll General Fengjuhsiang alle seine Truppen angewiesen haben, zur Front abzurücken, um General Kuosungling, den mandschurischen General, der sich gegen Marschall Tschangtsolin empört hat, zu unterstützen.

Vermischte Drahtnachrichten vom 6. Dezember.

Die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin. Die Pariser Blätter melden, daß Staatssekretär Trendelenburg am Donnerstag, den 10. Dezember, zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen in Paris eintreffen werde. Wie hierzu an den Berliner zuständigen Stellen verlautet, ist ein Termin noch nicht angesetzt, es ist aber möglich, daß sich Staatssekretär Trendelenburg noch vor Weihnachten nach Paris begeben wird. Deutschland ist zu der Weiterführung der Verhandlungen durchaus bereit, die Ansetzung des Termins ist nur noch eine technische Frage.

Über hunderttausend Arbeitsuchende in Berlin.

Berlin. Die kritische Lage des Berliner Arbeitsmarktes wurde in der letzten Woche durch eine weitere stark ansteigende Arbeitslosigkeit in fast allen Berufsgruppen gekennzeichnet. Die Zunahme der Arbeitslosenzahl in Berlin beträgt gegenüber der Vorwoche annähernd 10 000, eine Steigerung, wie sie in dieser Entwicklungsperiode noch nicht beobachtet wurde.

Infolge der sich immer mehr vermindernden Kaufkraft weiter Kreise haben sich auch die bereits schon stark zurückgeschraubten Erwartungen der Handelswelt für das Weihnachtsgeschäft nicht erfüllt, so daß zum Teil bereits erteilte Aufträge zur Gestellung von Aushilfskräften zurückgezogen wurden, zum Teil die in Aussicht gestellten Aufträge unterblieben sind. Ein Vergleich mit der Zahl der Arbeitsuchenden in der ersten Novemberwoche ergibt, daß damals 65 164, jetzt bereits 101 758 Arbeitsuchende bei den Arbeitsnachweisen eingetragen sind gegen 91 935 in der Vorwoche.

Die Oderschiffahrt eingestellt.

Stettin. Wie die hiesige Hafenverwaltung mitteilt, ist die Schiffahrt Oder aufwärts bis Berlin für jeden Verkehr eingestellt worden. Auch die Oder abwärts bis zur See ist für Segelschiffe nicht mehr passierbar. Der Dampferverkehr nach Swinemünde wird durch Teilstrecke aufrechterhalten.

Eisenbahnunfall im Nebel.

München. Der Schnellzug München—Leipzig stieß infolge dichten Nebels auf eine elektrische Lokomotive, die im Bahnhof Moßburg stand. Die Lokomotive des Schnellzuges wurde durch den Anprall umgeworfen. Verletzt wurde niemand.

Schweres Grubenunglück in Bayern.

München. Ein schweres Grubenunglück ereignete sich in der staatlichen Kohlengrube Peisenberg in Oberbayern. Bei der Bohrarbeit im Gestein kamen mehrere Bergarbeiter auf einen nicht losgegangenen Schuß, der noch im Gestein steckte und dadurch zur Explosion gebracht wurde. Die Bergleute Anton Karg, Eduard Sepp und Joseph Vogl wurden furchtbar verstümmelt tot aufgefunden. Eine genaue Untersuchung an Ort und Stelle wurde eingeleitet. Die drei Leichen wurden geborgen.

Französischer Erfolg in Syrien.

Paris. Nach einer Meldung aus Beirut hat eine große Angriffsaktion westlich und nördlich des Libanon begonnen. Zwei französische Kolonnen rückten aus den beiden vorgenannten Richtungen vor und haben das Dorf Hasbaya genommen, in dem der Gegner stark verschanzt war. Das strategische Ziel des französischen Oberkommandos war der Abhang des Hermon und des Libanon. Die Operationen sind, wie gemeldet wird, günstig verlaufen, obwohl der Feind heftigen Widerstand leistete.

Landesparteitag der Bayer. Volkspartei.

Eine Rede des Ministerpräsidenten Dr. Held

München, 6. Dezember.

Der Landesparteitag der Bayerischen Volkspartei war stark besucht. Die Reichstags- und Landtagsfraktionen waren fast vollzählig erschienen. Auch Ministerpräsident Dr. Held wohnte den Verhandlungen bei. Der Parteivorsitzende, Abg. Speck, stellte fest, daß die Parteileitung die Entwicklung im Zentrum genau verfolge und gegebenenfalls mit Vorschlägen an die zuständigen Parteiinstanzen herantreten würde. Entschieden wandte er sich gegen die Aufrollung der Frage der Staatsform. Das Volk habe jetzt andere Sorgen als die Wiederherstellung der Monarchie. Abg. Leicht erklärte, die Bayerische Volkspartei würde es begrüßen, wenn Dr. Luther wieder die Führung übernähme. Es wäre vielleicht noch die einzige Lösung, wenn es gelänge, die bisherige Basis der Regierungsmehrheit zu erhalten, trotzdem es sich um eine Minderheitsregierung handele.

Im weiteren Verlaufe nahm

Ministerpräsident Dr. Held

zu einer groß angelegten politischen Rede das Wort, in der er zunächst die weltpolitische Lage erläuterte und erklärte, es bestehe kein Zweifel darüber, daß wir in einen neuen Abschnitt der Weltgeschichte eingetreten seien. Eingehend befaßte sich der Ministerpräsident dann mit unserer Wirtschaftsnot und kam zu dem Schluß, daß der Dawes-Plan auf die Dauer nicht durchgehalten werden kann und daß der Augenblick nicht mehr fern sei, wo Deutschland erklären muß: „Wir können nicht mehr.“ Bei der Besprechung der Neubildung der Reichsregierung erklärte der Ministerpräsident, er bekenne sich als ein Gegner der sogenannten großen Koalition. So lange die deutsche Sozialdemokratie grundsätzlich so eingestellt sei, wie noch im Sommer dieses Jahres, werde er es als ein innen- und außenpolitisches Verhängnis ansehen, wenn es zur großen Koalition käme. Die einzige Möglichkeit sei die Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien. Der Ministerpräsident befürwortete eine Regierungsbildung im Reich mit dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei.

Arbeitsbeginn der Generalsynode.

Das Parlament der freien Kirche.

Berlin, 6. Dezember.

Nach Schriftverlesung und Gebet von D. Wolff-Aachen eröffnet der bisherige Vorsitzende des Generalsynodalvorstandes D. Winckler die erste Sitzung. Nach einem kurzen geschichtlichen Überblick, vor allem auf die zwei kurzen Tagungen im November 1915 und April 1920, betont der Redner die großen gesetzgeberischen Aufgaben der neuen Generalsynode und die großen Erwartungen, die von allen Seiten, nicht zuletzt von seiten der Jugend auf sie gesetzt werden. Der Vorsitzende begrüßte besonders den preußischen Kultusminister Dr. Becker, der als Gast der Eröffnung beiwohnte. In seinem Dankeswort übermittelt der Minister die Grüße der Staatsregierung an das gesamte Haus, vor allem aber an die anwesenden Vertreter des Saargebietes und der abgetretenen Gebiete des Ostens.

Der Vorsitzende des Landeskirchenausschusses Präsident D. Dr. Kapler ergreift das Wort. Er gibt einen Rückblick auf die schweren Aufgaben des Landeskirchenausschusses während der letzten vier Jahre und wendet sich dann zur Generalsynode, die als Krönung des Verfassungswerkes anzusehen ist. Durch den Verfassungsumbau habe sie neben überragender Bedeutung auch schwerste Verantwortung erhalten.

Nach Verpflichtung der Mitglieder durch gemeinsames Gelöbnis erfolgte die Wahl des Vorsitzenden und seiner zwei Stellvertreter sowie der Schriftführer. Durch Zuruf wird der bisherige Präses D. Winckler einstimmig wiedergewählt. Sein erster Stellvertreter wird D. Wolff-Aachen, zweiter Stellvertreter D. Graf von Seidlitz-Sandreczki. Auch diese beiden Wahlen erfolgten durch Zuruf.

Neue Preisabbaupläne der Regierung.

Berlin, 6. Dezember.

In der letzten Sitzung des Reichskabinetts, in der bekanntlich der Rücktrittsbeschluß gefaßt wurde, erledigte das Kabinett noch vorher eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Angelegenheiten. Es wurde ein Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues verabschiedet, der nunmehr sofort dem Reichsrat vorgelegt werden wird. Der Gesetzentwurf enthält:

1. Bestimmungen über einen Vergleich zur Abwendung des Konkurses unter Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht;
2. Vorschriften gegen die Ausbeutung bei der Vergebung von Aufträgen im Wege der Ausschreibung;
3. Beseitigung der Ausnahmestellung der Zwangsorganisationen, die bisher nach der Kartellverordnung den Einwirkungsmöglichkeiten der Reichsregierung und des Kartellgerichts nicht unterliegen;
4. Bestimmungen, die hinsichtlich der Einwirkungsmöglichkeiten des Staates die Innungen und Innungsverbände den Kartellen in gewissem Umfange gleichstellen;
5. Vorschriften über das Feilhalten von Brot zu festem Gewicht.

Diese gesetzlichen Maßnahmen haben sich bei Durchführung der Preisabbauaktion als notwendig erwiesen. Die zur Verfügung stehenden verwaltungsmäßigen Mittel hat die Reichsregierung zur Herbeiführung des für erforderlich erkannten Preisabbaues selbstverständlich sämtlich angewendet. Diese Mittel reichten aber zur Erzielung des angestrebten Erfolges nicht aus. Die in Fortführung der Preisabbauaktion weiter eingeleiteten und noch im Gange befindlichen Maßnahmen werden ohne Unterbrechung weitergeführt werden.

Zur Demission des Kabinetts.

Der amtliche Bericht.

Berlin, 6. Dezember.

Über die an sich ja bereits hinlänglich bekannte Demissionierung des Reichskabinetts wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Reichskanzler Dr. Luther überbrachte gestern nachmittag 6 Uhr dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen und ersuchte den Reichskanzler und die Reichsminister, bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonntag den Reichstagspräsidenten Löbe. Für Montag sind Besprechungen mit den Parteiführern vorgesehen, sobald diese abgeschlossen sind, wird, wie man nach wie vor in unterrichteten Kreisen annimmt, voraussichtlich Dr. Luther den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 8. Dezember.

Sonnenaufgang	7^{59}	Mondaufgang	11^{50} N.
Sonnenuntergang	8^{44}	Monduntergang	12^{58} N.

1815 Adolph von Menzel in Berlin geb. — 1914 Seeschlacht an den Falklandinseln, Vizeadmiral Graf Spee gest.

□ **Entschädigung der Schöffen und der Geschworenen in Preußen. Wie aus einer Verfügung des preußischen Justizministeriums hervorgeht, tritt dieses im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister der Auffassung bei, daß bei Bemessung der Dauer der Dienstleistung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauensmänner die auf die Reise verwendete Zeit mit einzurechnen ist.**

— **Tagesordnung** zur Gemeindevertretersitzung am Mittwoch, den 9. d. Mts., abends 8 Uhr. 1. Beschlußsachen. 1. Beschwerde gegen den Beschluß des Kreisausschusses vom 23. 11. 1925 betr. Einrichtung einer hauptamtlichen Gemeindevorsteherstelle. 2. Wahl von Beisitzern und Stellvertretern zum Mieteinigungsamt. 3. Brennkalender für 1926. 4. Ausschreibung der hauptamtlichen Gemeindevorsteherstelle. — Mitteilungen.

hy. **Verfallende schlesische Dörfer.** Nicht nur in den Großstädten hat sich die Inflationszeit mit ihrer Unmöglichkeit der Vornahme größerer Instandsetzungsarbeiten an Wohnhäusern bemerkbar gemacht, sondern auch auf dem Lande. In Ober-Kesselsdorf sind 29, in Nieder-Kesselsdorf 16, in Wenig-Rackwitz 5 und in Hänchen 6, zusammen 56 Wohnstätten verfallen, bezw. durch Brand oder auf sonstige Weise eingegangen. Ein Wiederaufbau hat in keinem Falle stattgefunden. Die Einwohnerzahl im Kirchspiel Kesselsdorf ging von 1600 Einwohnern auf etwa 1250 zurück. Beim Wiederaufblühen der Sandstein- und Kohlenindustrie wird große Wohnungsnot eintreten.

nl. **Hermsdorf,** 5. Dezember. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich der Autobesitzer Wilhelm Schieberle vor dem hiesigen Amtsgericht zu verantworten. Er war nach einer durchzechten Nacht am Morgen des 4. Oktober von Warmbrunn nach Hermsdorf gefahren. Nach Zeugenaussagen fuhr das Auto in unsicherem Zickzack auf der Straße, weil die Insassen betrunken gewesen sein sollen. Ein entgegenkommender Radfahrer versuchte dem Auto auszuweichen, stürzte aber in den Graben und erlitt zum Glück nur unbedeutende Verletzungen. Im nächsten Augenblick rannte das Auto gegen eine Telegraphenstange. Das Auto ging in Trümmer und die Insassen wurden herausgeschleudert. Einer derselben, der Glasmachergehilfe Fritz Heber aus Petersdorf, erlitt einen Bruch der Wirbelsäule, an

---

Lerne leiden...

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

[10]

(Nachdruck verboten.)

„Es kann Bettina nicht gewesen sein,“ stieß er plötzlich hervor.

Georg zuckte die Achseln.

„Warum nicht. Die Weiber sind alle gleich. Und stille Wasser sind tief.“

„Nein — ich glaube es nicht.“

„Du wirst gleich Gewißheit haben. Schnell hier quer durch. Wir sind mindestens fünf Minuten eher am Hause und können uns dem Eingang gegenüber im Schatten der Bäume verstecken.“

Ernst wußte nicht, was in ihm vorging. Er kämpfte vergeblich gegen die niederdrückende Stimmung in seinem Herzen. Jetzt erst wurde ihm ganz klar, wie tief seine Liebe zu Bettina in seinem Herzen wurzelte.

Mit fest zusammengepreßten Lippen stand er dann neben Georg unter den Bäumen und starrte nach der andern Straßenseite hinüber. Es dauerte nicht lange, da sahen sie von weitem Bühren mit Bettina um die andere Ecke biegen. Seine Uniformknöpfe blitzten im Laternenlicht. Nun blieb er stehen und verabschiedete sich von Bettina. Sie eilte allein die Straße herab, während er stehen blieb, um zu warten, bis sie im Hause verschwunden war. Ernsts Herz klopfte wild in der Brust. Mit brennenden Augen sah er der schlanken Mädchengestalt entgegen. Er erkannte sie nur zu gut. Jetzt war sie am Hause angelangt. Georg blickte höhnisch in Ernsts Gesicht.

„Nun?“ flüsterte er.

Ernst antwortete nicht. Er sah, wie Bettina leise das Haustor öffnete und dahinter verschwand. Ganz deutlich hörte er das Einschnappen des Schlosses.

Georg lachte höhnisch auf.

„Das ist ja eine reizende Entdeckung. Mein Freund Bühren und das blonde Bäschen. Saubere Geschichten. Das ist schon eine ganz abgefeimte Person. Wenn die beiden Herren sie erkannt haben, das kann einen netten Skandal geben,“ sagte er empört.

Ernst antwortete nicht. Er blickte nach Bettinas Fenster hinauf, als müßte ihm dort Antwort werden auf die brennende Frage, die sein Herz beklemmte. Jetzt wurde Licht in ihrem Zimmer. Er atmete tief auf und sah sich voll Zorn nach dem Offizier um. Der war verschwunden.

„Komm,“ sagte er dumpf zu Georg, „die andern dürfen nichts merken, wir müssen in den Klub und uns unbefangen stellen.“

Sie gingen schweigend davon.

Ernst hätte schreien und toben mögen, um den Druck von seiner Brust zu wälzen. Wenn dieses Mädchen nicht rein war — wenn diese klaren Augen logen — wem konnte man da noch trauen? Was hatte sie bei Bühren gewollt — wie überhaupt kam sie zu diesem Schritt? War es vielleicht nicht das erstemal, daß sie Bühren in seiner Wohnung aufgesucht hatte? War sie schlecht, leichtfertig? Aber nein — nein — es konnte nicht sein, so sieht eine Verlorene nicht aus. Vielleicht war es nur ein unbedachter Schritt? Daß sie Bühren liebte, daran war nun wohl kein Zweifel mehr. Wer weiß, was sie zu ihm geführt haben mochte. Ach — so oder so — für ihn war sie nun verloren — und diese Erkenntnis brannte wie ätzendes Gift in seiner Seele. Jetzt erst wußte er, wie tief und heiß seine Liebe war. — Aber mochte sie zu Bühren getrieben haben, was da wollte — etwas Unreines war es nicht — nein — so konnten diese lieben blauen Augen nicht lügen.

Auch Georg hatte sich in Gedanken mit den beiden beschäftigt, nur sahen diese ganz anders aus als die seines Bruders. Und mitten aus seiner sittlichen Entrüstung heraus sagte er plötzlich zu Ernst:

„Bühren ist doch ein schrecklich leichtsinniger Mensch, daß er das Mädchen in eine Liebschaft verstrickt. Und ehrenhaft ist sein Benehmen auch nicht — ich werde ihn zur Rede stellen. Heute vormittag war er bei mir, um dreitausend Mark von mir zu leihen zur Tilgung einer Ehrenschuld. Ich wies ihn natürlich ab — solche Sachen — ich danke — da laß ich mich nicht ein. Er ist dann auch zu Hause bei Vater gewesen und hat versucht, das Geld zu bekommen. Natürlich auch ohne Erfolg. Er führte sich wie ein Verzweifelter auf. Und abends ist er zu solchen Tändeleien aufgelegt — schrecklicher Leichtsinn.“

Ernst hatte aufgehorcht. In seinen Augen blitzte etwas wie Verständnis auf. Da hatte er ja den Schlüssel zu Bettinas unbedachtem Schritt. Sie hatte wohl von der Not des Geliebten gehört — durch ihn selbst oder durch einen Zufall. Als Tochter eines Offiziers wußte sie, welche Bedeutung solch eine Ehrenschuld hatte — sie hatte es ja auch am eigenen Bruder mit grausamer Schärfe erfahren. Die Angst um den Geliebten hatte sie wohl zu ihm getrieben, die Sorge, daß er sich ein Leid antun konnte. Ja — so mußte es sein — so und nicht anders.

„Überlasse mir die Abrechnung mit Bühren — ich werde ihn morgen aufsuchen und die Sache in Ordnung bringen,“ sagte er rauh.

„Gut — mir ist es gleich. Eine angenehme Auseinandersetzung wird das nicht. Wenn er sie rehabilitieren will, muß er sie heiraten, und zur Heiratskaution langt das Geld nicht, was sie von Großtante ergattert hat. Na — schließlich muß er so oder so den Abschied nehmen — es bleibt ihm kaum etwas anderes übrig,“ erwiderte Georg gleichmütig.

Seine kalten Worte reizten Ernst, aber er schwieg. Er war jetzt nicht in der Stimmung, sich mit dem Bruder zu streiten. Seine Gedanken flogen wieder zu Bettina. Armes liebes Ding! Wie mußte sie sich mit ihrem zärtlichen weichen Herzen um den Geliebten gebangt haben? Und gerade heute war er nicht zu Hause gewesen. Vielleicht hätte sie den Mut gefunden, sich ihm anzuvertrauen und er hätte ihr helfen können. Aber dazu war es noch nicht zu spät. Großtanting hatte sie ihm ans Herz gelegt, er sollte ihr Schützer und Hüter sein. Jetzt war es an der Zeit, sein Wort einzulösen, wie ein Bruder für sie zu sorgen. Nun er Gewißheit hatte, daß sie Bühren liebte, mußte er seine Neigung für sie unterdrücken und wenigstens ihr zu ihrem Glück verhelfen. Für ihn war sie verloren, aber er wollte dafür sorgen, daß sich ihre Liebe zu Bühren nicht scheu im Dunkel verbergen mußte und daß sie rehabilitiert wurde.

(Fortsetzung folgt.)

dem er am nächsten Tage starb. Wegen fahrlässiger Tötung wurde der Angekl., der den Wagen selbst gelenkt hatte, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

nl. **Haynau,** 5. Dezember. (Forstdiebstahl.) Seit längerer Zeit stellte man im Forst des Grafen Hochas in Liebichau, Kreis Bunzlau, fest, daß in den Schonungen die Fichtenspitzen abgeschnitten wurden. Mit Hilfe der Polizei gelang es, die beiden Frevler als den Arbeiter Taube und den Dachdecker Bucke festzunehmen. Sie haben mit den gestohlenen Spitzen einen schwunghaften Handel nach Liegnitz getrieben. Das gerichtliche Nachspiel dürfte auch einige Liegnitzer Kranzbindereien wegen Hehlerei mit vor den Strafrichter bringen.

nl. **Strehlen,** 5. Dezember. (Mord an einem Kinde.) Im nahen Prieborn sah man auf der Oberfläche des Steinbruchteiches in Kalkbruch die Leiche eines etwa zwei Jahre alten Mädchens schwimmen. Es muß durch eine ungemein herzlose Tat zu Tode gekommen sein, denn die Leiche hatte fast garnichts auf dem Leibe. In diesem Zustande ist das Kind in den Teich geworfen worden und ertrunken. Es fehlt noch jeder Anhaltpunkt über Eltern und Täter.

nl. **Sprottau,** 5. Dezember. (Selbstmord.) Erschossen hat sich der Batteriechef der hiesigen reitenden Batterie, Major Warnehold, aus bisher nicht bekannten Gründen.

nl. **Reichenbach,** 5. Dezember. Zu Tode verunglückt.) Am Kohlenbunker des hiesigen Eulengebirgsbahnhofes waren am Mittwoch abend Rangierer mit dem Auffüllen des Tenders beschäftigt, und als dies geschehen war, sprang der aus Lampersdorf stammende Rangierer Max Sauer von der Maschine herab und wollte sich zwischen dieser und dem Kohlenbunker entfernen, doch war der Zwischenraum zu schmal und S. wurde von der Lokomotive, die sich währenddem in Bewegung setzte, gegen die Wand des Bunkers gepreßt, sodaß ihm der Brustkorb zerquetscht wurde. Mannschaften der Sanitätskolonne überführten ihn nach einem Krankenhause, wo er kurz nach der Einlieferung verstarb.

nl. **Neurode,** 5. Dezember. (Eine 15jährige Brandstifterin) wurde in Volpersdorf durch die Landjäger verhaftet, nachdem sie eine Scheune des Gutsbesitzers Schlumps in Brand gesteckt hatte. Es ist dieses das bei dem Genannten in Stellung gewesene Dienstmädchen. Ihr behagte die Arbeit nicht und zündete deshalb die Scheune an. Zum Glück bemerkten vorübergehende Nachbarn das aufgehende Feuer rechtzeitig, sodaß es gelang, den Brand noch vor Eintreffen der Feuerwehr zu bewältigen. Die Brandstifterin, ein Waisenkind, wurde in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

hy. **Oppeln,** 5. Dezember. (Eine oberschlesische Versicherungsanstalt.) Der Reichsarbeitsminister hat den Reichstag ersucht, gemäß der Ansicht des oberschlesischen Provinziallandtags der Errichtung einer eigenen Landesversicherungsanstalt Oberschlesien zuzustimmen.

Aus Böhmen.

nl. **3000 Lehrer in der Tschechoslowakei abgebaut.** Der Abbau der Lehrer an den Volks- und Bürgerschulen in der Tschechoslowakei ist für dieses Jahr beendet. Es wurden 3000 Lehrkräfte abgebaut. Der Schuldienst wird im zusammengezogenen Klassen und mindeorganisierten Schulen versehen, indem achtklassige zu sechs- und fünfklassigen und fünfklassige zu vier- und dreiklassigen degradiert wurden. Die Schüzahl ist auf 60—70 gestiegen. Das Stundenausmaß der Lehrkräfte wurde vermehrt. Die Mittelschulen betraf der Abbau nur schwach. Ungeherlich litten die deutschen Schulen, da für die Tschechen hunderte von Minderheitsschulen gegründet wurden.

nl. **Errichtung tschechischer Bauden aus Staatsmitteln.** Der Klub der tschechischen Turisten hat die Regierung um Gewährung einer niedrig verzinslichen Anleihe von 2 Millionen Kronen beantragt. Dieser Betrag soll zum Bau von Turistenhütten für den tschechischen Turistenklub verwandt werden. Natürlich werden auch solche mit staatlichem Gelde erbauten Turistenhütten auf dem Riesengebirge gebaut werden. Dies war ein weiterer Schritt auf dem Wege des von den Tschechen mit Zähigkeit verfolgten Zieles der Tschechisierung des sudetendeutschen Teiles des Riesengebirges. Erst hat man Grund und Boden enteignet, dann aus den Bauden, soweit sie in Privatbesitz waren, die deutschen Pächter hinausgejagt und durch tschechische Legionäre ersetzt. Vor kurzer Zeit wurden die deutschen Wegweiser entfernt und jetzt will man tschechische Unterkunftsstätten mit staatlicher Unterstützung im Riesengebirge errichten. Es wird den Tschechen aber doch nicht gelingen, das sudetendeutsche Riesengebirge tschechisch zu machen.

nl. **Das Chaos durch den deutschen Beamtenabbau in Tschechien.** Chaotische Zustände sind nicht nur in Warnsdorf, sondern in allen größeren deutschen Städten nach dem 1. Dezember eingerissen, da an diesem Tage zahlreiche erprobte Postbeamte entlassen wurden. Das große Warnsdorfer Amt 1, die Zentrale für eine Stadt, die mehr als 100 Fabriken hat, hat seither nur noch einen Geldschalter geöffnet, der Aus- und Einzahlungen bewerkstelligen soll. Die Parteien hatten bis zwei Stunden und noch länger zu warten; häßliche Szenen spielten sich ab. Der beste deutsche Beamte machte selbst über die Mittagpause Dienst, war aber nicht imstande, dem Andrange zu steuern. Beamte erklären, daß sie selbst auf dem Postamte in dienstlicher Eigenschaft waren und am Schalter anderthalb Stunden warten mußten. Ein Teil der Leute strömte den Filialämtern zu, die aber gekürzte Dienstzeit haben und schon für ihren Bezirksverkehr zu klein sind. Die Kriegserscheinung der Polonäsen begann nun bei der Post. Heute gab es Weinszenen der Leute und der Beamten. Niemand will mehr den Schalterdienst machen, da ihn niemand bewältigen kann und das Publikum draußen wütend Schimpfreden führt, dieweil der Beamte rechnen soll. Anstelle der abgebauten Beamten kommen Tschechen, die orts- und fachfremd sind. In Töplitz und Brüx verzögerte sich die erste Frühpost bis 12 Uhr. Die Postdirektion kann keinen geordneten Zustelldienst gewährleisten und erklärte, daß die ganze Briefbestellung ins Stocken kommen dürfte. In Komotau dürfte man um mehr als 100 Jahre zurückgehen und die einmalige Postzustellung durchführen. Die Stadtvertretungen und Körperschaften sind aufs äußerste empört und haben die Prager Zentralstellen mit telegraphischen Beschwerden überschüttet.

Bunte Tageschronik.

München. Die Bauleitung der Seilbahn auf die Zugspitze hat versichert, daß mit der Aufnahme des Betriebes im Februar 1926 zuverlässig gerechnet werden kann.

Belgrad. In der Belgrader Irrenanstalt erschlugen zwei Verbrecher, die als Häftlinge zur Beobachtung der Irrenanstalt zugeführt worden waren, sechs Wärter und entflohen.

Belgrad. Auf der Linie Kriwaiska—Chumska ereignete sich in der Nähe von Sarajewo ein schwerer Zugzusammenstoß. Fünf Personen wurden getötet.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Verurteilung wegen Beihilfe zum Hochverrat.** Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich der Dreher Philipp Geiger aus Neckarau wegen Beihilfe zum Hochverrat, schweren Diebstahls und Sprengstoffvergehens zu verantworten. Der Angeklagte, der kommunistischer Bezirksleiter für den Unterbezirk Mannheim war, hatte Anfang Dezember 1923 mit anderen Genossen in Waldmittelbach einen Einbruch verübt und einen Rucksack voll Sprengkapseln und Sprengstoffen gestohlen, die später zur Handgranatenherstellung Verwendung fanden. Das Gericht verurteilte Geiger zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Sieben Monate und die Geldstrafe gelten als verbüßt.

§ **Bestrafte Spritschieber.** Das Gemeinsame Schöffengericht in Dresden verhandelte gegen den Apotheker Weise aus Dresden und drei Helfershelfer wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz und wegen Urkundenfälschung. Weise soll innerhalb der letzten zwei Jahre unberechtigt insgesamt 23 346 Liter verbilligten und vergällten Monopolspiritus bezogen, entgällt und zu Trinkbranntwein verarbeitet und auf diese Weise den Staat bzw. das Reich um rund 78 000 Mark geschädigt haben. Weise wurde zu insgesamt neun Monaten Gefängnis und 315 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Seine drei Helfershelfer erhielten hohe Geldstrafen.

§ **Todesurteil.** Das Tilsiter Schwurgericht verurteilte die 60jährige Luise Justin aus Neudereschen, die ihren Gatten mit Arsenik vergiftet hatte, zum Tode.

§ **Ein Lehrer wegen eines Sportanzuges angeklagt.** Mit einem eigenartigen Fall ist das Stettiner Oberlandesgericht beschäftigt. Der Lehrer Semmler aus Selchow (Kreis Greifenhagen) fuhr im Juni mit seinem Rade zum Sportplatz, nur mit einer Sporthose bekleidet. Der Ortsvorsteher schickte ihm ein Strafmandat wegen groben Unfugs über 60 Mark. Der Lehrer beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Amtsgericht bestätigte das Urteil. Nunmehr legte Semmler Revision ein. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Revision, da das Verhalten des Lehrers geeignet gewesen sei, die Ordnung im Dorfe zu gefährden. Das Gericht traf jetzt die Entscheidung, wonach das Urteil des Amtsgerichts aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Amtsgericht zurückverwiesen wurde.

Welt und Wissen.

w. **Ein Don-Quijote-Denkmal in der Mancha.** In der Ebene der Mancha, und zwar zu Tobosa, dem Ort, an dem seine Dulcinea wohnte, soll jetzt Don Quijote ein Denkmal erhalten, das dem unsterblichen Helden des Cervantesschen Romans von dem spanischen Volke gestiftet wird. Hier wird sich der „Ritter von der traurigen Gestalt" in monumentaler Größe bis zum Himmel aufrecken als ein Teil der Landschaft, die auf ewig mit seinem Namen verknüpft ist. Bei der Einweihung des Denkmals sollen Festlichkeiten stattfinden, zu denen Vertreter aller Länder eingeladen werden.

Deutscher Demokratischer Parteitag.

Bildungs- und Schulfragen.

Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Breslau wurde vom Abg. Koch eröffnet. Als erster Referent sprach Staatspräsident a. D. Hellpach über „Geistesfreiheit und Christentum in ihrem Verhältnis zum germanischen Volkstum und zum demokratischen Staat". Der Redner leitete seine Ausführungen mit einigen allgemeinen Betrachtungen über das Wesen des Staates ein. Der Weg der reinen Freiheit führe über den Liberalismus zur Aristokratie. In jedem Elemente müsse der Gedanke des persönlichen Verantwortungsbewußtseins leitend sein. Die Demokratie habe die Aufgabe, in unserem Lande der Glaubensspaltung dem Protestantismus sein demokratisches Ethos wieder zum Bewußtsein zu bringen, im Katholizismus aber jenes immer noch mögliche Maß von freier Selbstbildung im Bewußtsein zu erhalten. Dann referierte Oberlehrer G. Wolff-Berlin über

„Die Volksschule in der demokratischen Kulturpolitik".

Der Vortragende erklärte, daß unser Reich in seiner Verfassung und in seiner gesamten Art auf eine zielbewußte Kulturpolitik verzichtet habe. Der demokratische Staat müsse eine andere kulturpolitische Einstellung haben. Die Grundschule sei der tragende Unterbau unseres Einheitsschulgebäudes. Sie sei für alle Kinder die gemeinsame Schule und diene einer sozialen wie einer pädagogischen Idee. Gegen die systematische Bekämpfung der Grundschule und ihrer Idee, gegen die unaufhörliche Beunruhigung ihrer Arbeit werde die Demokratische Partei ihre Pflicht tun. Der zweite leitende Gedanke sei der Grundsatz der Simultanität. Die Gemeinschaftsschule sei auch für unsere höheren Schulen seit langem die Normalform. Das Ergebnis unserer bisherigen Schulentwicklung sei ihre allmähliche Loslösung aus den Armen der Kirche und die fortschreitende Verstaatlichung und Verweltlichung des Bildungswesens. Grundfalsch sei es, die Lehrerbildung konfessionell und weltanschaulich zu organisieren. Dem ehemaligen Volksschüler dürfe der Eintritt in weitere führende Berufsbahnen nicht versperrt werden. — Über weibliche Bildungsfragen sprach hierauf Frau Emmy Beckmann-Hamburg.

Den Höhepunkt des Parteitages bildete das Referat des Parteivorsitzenden Koch unter dem Titel

„Erreichtes und Erstrebtes",

in dem er auf die wichtigen außen- und innenpolitischen Tagesfragen zu sprechen kam. Koch betonte, daß die Politik der Demokraten in jeder Hinsicht gerechtfertigt worden sei. Deutschland müsse hinein in den Völkerbund, weil es dort besser seine Stimme gegen die Ungerechtigkeit des bestehenden Zustandes erheben könne. Der Reichspräsident habe bisher die hohen Werte seines Amtes so innegehalten, daß der Deutsche sich dessen freuen kann. Auch

der Fall Geßler

wurde vom Redner behandelt, wobei er betonte, daß niemand an der republikanischen und nationalen Gesinnung Geßlers zweifeln dürfe. Geßler sei allerdings in manchen Fällen unnachgiebig gegen Kritik geworden. Ein rascheres Tempo der Republikanisierung der Reichswehr sei zu verlangen. Koch trat schließlich für die Bildung der Großen Koalition ein. Der Redner beendete seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Hinweis, daß das Ziel der Partei sei die Erhöhung des Mittelstandes und die Überführung möglichst breiter Schichten aus dem Proletariat in den Zustand einer ausreichenden und gefestigten Lebensführung. An das Referat schloß sich eine ausgedehnte Aussprache.

Auf dem Demokratischen Parteitage in Breslau sprach Frau Dr. Gertrud Bäumer (M. d. R.) über „Internationale Kulturpolitik". Sie hob hervor, wenn der Vertrag von Locarno tatsächlich einen „Anfang" einer neuen Epoche im Leben der europäischen Nationen darstellen soll, so müsse der diplomatische Verkehr der Regierungen, die Außenpolitik im engeren Sinne des Wortes, in anderer Weise gestützt und getragen werden von der Wiederbelebung des Kulturaustauschs der Nationen. Ein internationales Kulturministerium ist ein undenkbarer Gedanke. Kultur wächst organisch aus dem Boden des Volkstums.

Minister a. D. Dietrich-Baden.

Weiterhin sprach über: „Neue Ziele in der Wirtschaftspolitik" Minister a. D. Dietrich-Baden. Die Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage, erklärte der Redner, erfolgt vielfach in der Weise, daß Vergleiche zwischen dem jetzigen Stande und dem Zustand des Jahres 1913 gezogen werden. Wenn man in eine kritische Würdigung der Vergleichszahlen eintritt, so ist augenfällig, daß ein Vergleich lediglich auf dieser Grundlage zu ganz falschen Resultaten führen muß. In der Gruppierung der Berufsschichten ist allerdings eine unglückselige Umstellung zu befürchten. Bei dem sich ungeheuerlich ausbreitenden Händlertum ist anzunehmen, daß hier eine Umschichtung zu Ungunsten der produktiven Stände stattgefunden hat, die die unglückliche Lage der deutschen Wirtschaft neben dem zu schwachen Außenhandel erklärt. Der Redner bezeichnete es weiter als einen verbrecherischen Gedanken, zu meinen, die Reichsbank könne jetzt noch Milliarden Auslandskredite hereinnehmen, ohne eine Katastrophe für die Währung, zugleich aber auch für die Wirtschaft herbeizuführen. Der Landwirtschaft muß mit Krediten geholfen werden. Dadurch würde unsere Produktion auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung gestärkt und die Zufuhr verringert werden. Weiter gelte es, das unsolide Händlertum zu Gunsten des dadurch wieder leistungsfähig werdenden soliden und früher kräftig eingesessenen Handels zurückzudrängen. Auch eine verständige Wirtschafts- und Zollpolitik und eine sparsame Steuerpolitik sei zu Gunsten des Aufstiegs unserer Wirtschaft notwendig.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff.

In der Aussprache nahm unter anderen Dr. Freude-Wien, Mitglied der Österreichischen Demokratischen Arbeitspartei, das Wort. Er gab einen Überblick und eine Charakterisierung der einzelnen Parteien in Österreich und betonte im Zusammenhang damit die enge Zusammengehörigkeit der österreichischen Demokratie mit der deutschen Demokratie. Ferner nahm das Wort der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff. Er ging auf die Frage der Hohenzollern-Abfindung ausführlich ein und betonte die einmütige Zustimmung des preußischen Staatsministeriums zu den von ihm eingeleiteten Vergleichsverhandlungen, die notwendig geworden seien, nachdem Preußen vom Reich im Stich gelassen worden sei und der Weg über die Gerichte sich als ungangbar erwiesen habe. Die Kredite an die Landwirtschaft und an die Industrie wurden vom Minister verteidigt. In Preußen wolle man die Hauszinssteuer zu einer wirklichen Inflationssteuer ausbauen. Mit einer Steuerverminderung leiste man der hartbedrückten Wirtschaft den besten Dienst. Andererseits aber ließen sich die Ausgaben, die in den Ländern vornehmlich Personalausgaben seien, nur langsam vermindern.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 5. Dezember.

* **Börsenbericht.** Bei geringen Umsätzen schloß die Börsenwoche in nicht ganz einheitlicher, aber überwiegend fester Haltung. Inländische Anleihen waren bei stillem Geschäft leicht abgeschwächt. Am Geldmarkt war das Angebot reichlich, tägliches Geld 7,50—9 %, monatliches Geld 9,50—11 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,36—20,41; holl. Gulden 168,54—168,96; Danz. 80,77 bis 80,97; franz. Frank 16,28—16,32; belg. 19,02—19,06; schweiz. 80,92—81,12; Italien 16,91—16,95; schwed. Krone 112,18—112,45; dän. 104,94—105,20; norweg. 85,49 bis 85,71; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,13 bis 59,27; poln. Zloty (nichtamtlich) 56,10—56,40.

* **Produktenbörse.** Die nach der Küste zur Erfüllung von vorherigen Ausfuhrverkäufen auf den Binnenwässern schwimmenden Mengen von Brotgetreide sind allermeist eingefroren, so daß durch Bahnbezug Ersatz geschafft werden muß. Der Verkauf von Weizen dahin blieb somit noch ziemlich rege, konnte sich aber ebenso wie die Frage nach Roggen bei dem verstärkten Angebot des Inlandes zu merklich niedrigeren Preisen befriedigen. Die Kauflust der Mühlen blieb noch vorsichtig. Im Zeitgeschäft üben die zu großem Teil matten Depeschen des Weltmarktes preisdrückenden Einfluß. Die Geschäftslage in Gerste hat sich wenig verändert. Hafer lag im Durchschnitt matter, da Käufer vorsichtig geworden sind. Mehl zeigte ebenfalls wesentlich ruhigeren Handel bei nicht voll behaupteten Preisen. Futterartikel wenig verändert.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	5. 12.	4. 12.		5. 12.	4. 12.
Weiz., märk.	255-256	256-260	Weizkl. f. Brl.	11,5-11,7	11,6-11,7
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brl.	9,6-10	9,8-10,1
Rogg., märk.	154-160	161-165	Raps	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	25-32	25-32
Braugerste	194-218	194-218	kl. Speiseerbs.	22-24	22-24
Futtergerste	158-171	158-171	Futtererbsen	19,5-20,5	19,5-20,5
Hafer, märk.	168-178	170-180	Peluschken	17-18	17-18
pommerscher			Ackerbohnen	20-21	20-21
weißpreuß.			Wicken	20-22	20-22
Weizenmehl			Lupin., blaue	11,7-12,2	11,5-12,2
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	12-14,5	12-14,5
Bln. br. inkl.	—	—	Seradella	19-21	19-21
Sack (feinst.	—	—	Rapskuchen	15,2-15,6	15,2-15,6
Mrk. ü. Not.)	33,2-37,2	33,7-38	Leinkuchen	23,4-23,6	23,2-23,4
Roggenmehl			Trockenschtzl.	8,5-8,7	8,1-8,6
p. 100 Kil. fr.			Soya-Schrot	21,7-22	21,6-21,7
Bln. br. inkl.			Torfml. 30/70	7,8-8	7,8-8
inkl. Sack	23,7-25,7	24,2-26,7	Kartoffelfl.	15-15,4	15-15,4

* **Der durchschnittliche Berliner Börsenroggenpreis** für 50 Kilogramm betrug in der Woche vom 16. bis 21. November dieses Jahres ab märkischer Station 7,35 Mark.

* **Butterpreise.** 1. Qualität 188, 2. Qualität 160, abfallende Sorten 140 Mark per Zentner. Tendenz: Ruhig.

* **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: Rinder 2737, Bullen 560, Ochsen 786, Kühe und Färsen 1391, Kälber 1494, Schafe 8340, Schweine 6827, Ziegen 30, Auslandsschweine 414. Preise: Für ein Pfund Lebendgewicht in Pfg.: Ochsen a) vollfleischige, ausgemästete 51—55, b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 44—47, c) junge fleischige, nicht ausgemästete 38—42, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 32 bis 36; Bullen a) 49—52, b) 44—47, c) 40—42; Färsen und Kühe a) 50—54, b) 40—46, c) 30—38, d) 24—28, e) 20—22; Fresser 30—40; Kälber a) —,—, b) 85—95, c) 65—80, d) 50—60, e) 42—48; Schafe a) 44—49, b) 34—40, c) 25—30; Mastschafe a) 50; Schweine a) —,—, b) 84—85, c) 81—83, d) 78—80, e) 75 bis 76; Sauen 74—78; Ziegen 20—25. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig.

Amtliche Bekanntmachungen.

1. Die von der Gemeindevertretung unterm 16. 10. d. Jhrs. beschlossene Erhöhung der Gemeindesteuern auf 250 Proz. der Grundvermögenssteuern und 250 Proz. der Gewerbesteuer vom 1. Oktober d. Jhrs. ab ist vom Kreisausschuß genehmigt worden. Die Mehrbeträge für die Zeit vom 1. 10. d. Jhrs. ab sind umgehend in der Gemeindekasse zu bezahlen.

Bad Warmbrunn, den 5. Dezember 1925.

Der Gemeindevorstand: J. V. Leipelt, Schöffe.

Für das Weihnachtsfest empfiehlt:

Damast, Wallis, Linon für Bettwäsche.
Inlett, Bettlaken, Handtücher,
Kleider- u. Blusenstoffe, fertige
Wäsche, Trikotag., Schürzen, Strümpfe

gut und preiswert.

Etagengeschäft **H. Knitsch,**
Herischdorf, Gerhart Hauptmann-Strasse 6

Brennholz-Versteigerung

in Giersdorf (Rsgb.)

Mittwoch, den 9. Dezember 1925, nachmittags 1 Uhr sollen im Gasthaus „Zum hohlen Stein" gegen bare Bezahlung im Termin versteigert werden:

aus Revier Giersdorf 42,5 Rmtr. Kiefern- und Fichten-Brennholz
aus Revier Baberhäuser . . . 288,5 Rmtr. weiches Brennholz
„ „ „ . . . . 20,5 Rmtr. Birken-Brennholz
„ „ „ . . . . 63,5 Rmtr. Buchen-Brennholz

Sämtliches Holz ist geeignet zur Abfuhr nach Giersdorf, Märzdorf, Bad Warmbrunn, usw.

Reichsgräflich Schaffgotsch'sche Ober-Försterei Giersdorf.

Schürzen für Damen und Kinder
Werner, Warmbrunn

Sämtliche Ausbesserungen sowie Reinigen der Oefen nimmt an
Jul. Schuwardt, Töpfer
Bad Warmbrunn, Kränzelmarkt 4

Schenkt's auch der heranwachsenden deutschen Jugend als Weihnachtsfreude!

Ein herrliches, billiges Weihnachts-Geschenk
fürs deutsche Volk aller Stände

Für alle, ohne Parteienunterschied, die draußen im Feld und in der Heimat ihre harte Pflicht fürs Vaterland erfüllten, kämpften und bluteten für deutsches Land und Volk, für Vater, Mutter, Weib und Kind! Ein reines, unpolitisches **Bilder-Erinnerungswerk edelster Art, getreue Photographien** der großen Erlebnisse von Heer und Flotte auf allen Kriegsschauplätzen in West und Ost und Süd und Nord, in **Frankreich, Belgien, Rußland, Polen, Italien,** den **Vogesen** und **Karpathen,** in **Serbien, Bulgarien, Rumänien, Macedonien,** der **Türkei** und **Kleinasien, Finnland** und im **Baltikum, wie auf hoher See** und in den **Kolonien:** Von überall her, wo deutsche Helden kämpften, erscheinen im Laufe der Sammlung **naturgetreue Bilder-Serien** (jede Folge 8 große Seiten in hochkünstlerischer Ausführung auf starkem Hochglanz-Kunstdruckpapier). Wie oft schon sah sich dieser oder jener Kamerad überrascht in diesen Bildern verewigt zur Freude seiner Angehörigen. Wer diese Sammlung **um wenige Pfennige im Monat** sich zuletzt, wird bald eine ums **Vielfache** des bezahlten Betrages (monatlich nur 50 Pfg.!) wertvollere Sammlung besitzen, die für spätere Generationen immer kostbarer wird. **Jetzt ist eine nur einmalige Gelegenheit** geboten, mit dem Bezuge neu zu beginnen

Wir bieten an: Folge 1 bis 6

in einer prächtigen, starken, weinroten Karton-Sammelmappe mit obigem, 2farbigem (gelb und blau) Klischee-Aufdruck in Relief-Prägung **nur Mk. 2.75** nebst 20 Pfg. für Porto. Jeder deutsche Kriegsteilnehmer sei Besteller! **Eine vornehme Weihnachts- und Dankesgabe der Mutter, des Vaters an den Sohn, des Sohnes an den Vater oder die Geschwister, der Braut an den Bräutigam,** die den Weltkrieg mitmachten, gleich ob als Offizier oder als schlichter Mann in Reih und Glied. Man zahle **durch blaue Postscheck-Zahlkarten** bei seiner Post ein **für eine Mappe** mit Inhalt **Mark 2.95** an Postscheckkonto **Nr. 20046** München Deutsche Einheit E. J. Berger, Verlagsdruckerei, München 2. Organisationen, Krieger- und Veteranenvereine, Regiments-Vereinigungen, alle Frontkriegerbunde, Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigten-Vereine können **bei Sammelbestellungen** von mindestens 10 Stück **5 Prozent Preisnachlaß in Abzug** bringen. **Man bestelle sofort, da das Werk sonst vergriffen sein könnte.**

Berger-Verlag (E. J. Berger), Buch- und Verlagsdruckerei, München-P[illegible]
Telefon 80400, 80583 und 54885

Inserieren bringt Gewinn.

Preis ½ Pf. nur 50 Pfg. *Überall erhältlich.*

Schneeschuhe
in allen Größen u. Ausführungen
empfiehlt preiswert
GERHARD NITSCHE
Herischdorf, am Füllnerwerk Nr. 11

ff. Dresdener Stollen
Mandelstollen - Napfkuchen
und andere diverse Kuchen in bekannter Güte empfiehlt
Fritz Weisser's Bäckerei
Bad Warmbrunn, Wilhelm-Straße Nr. 3
Telefon 184.
Bestellungen zum Weihnachts-Feste bitte rechtzeitig!
Stollen im Ausschnitt täglich.

Schlesische Hausfleisskunst A.-G.
Bad Warmbrunn - Friedrich-Strasse 10
Graphische Ausstellung
AUSSTELLER:
Aust, Fechner, Fuchs, Dr. Grundmann, v. Hase, Iwan, Frl. Scholz

Persil bleibt Persil
Dies Wort, aus Hausfrauenmund geprägt,
zeugt von der unerschütterlichen Beliebtheit des einzigartigen Waschmittels.